

P R O T O K O L L
der 357. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 19. November 2013
Zeit	19.30 – 20.30 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Bärtschi Markus
Mitglieder	Aebersold Jürg, Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Burkhard Fabian, Corti Andrea, Damke Andreas, Friedli Rolf (bis 20.10 Uhr), Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Graham Marina, Grubwinkler Christa, Gubler Matthias, Hässig Vinzens Kornelia, Humm Martin, Häusermann Martin, Jordi Kevin, Kämpf Marcel, Kästli Marc, Kneubühler Peter, Lüthi Adrian, Marti Beat, Näf-Piera Virtudes, Pulver-Schober Beatrice, Raaflaub-Minnig Ruth, Racine Raphael, Reimers Markus, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Sigrist Roman, Spycher Christian, Stettler Jürg, Thut Walter, Treier Hannes, Wegmüller Beat
Stimmenzählende	Kästli Marc, Näf-Piera Virtudes
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident, Aeschimann Pia, Gubler-Geelhaar Patricia, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Entschuldigt abwesend	GGR: Brügger Yong, Fitze Wehrle Barbara, Mallepell Elisabeth, Müller Frei Lisa
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte

7

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 22. Oktober 2013	163
2	Objektkredit zum Pilotprojekt Schulsozialarbeit Muri bei Bern vom Februar 2009 - Februar 2013; Abrechnung	163
3	Ballsporthalle Moos	
	a) Motion SP- / forum- / SVP-Fraktion betr. Geschäft "BSV"	164
	b) Einräumung eines Baurechts auf der "Schrebergartenparzelle" (neben bestehender Mooshalle) in Gümligen zu Gunsten der Stiftung Jugendförderung Berner Handball für die Erstellung einer Ballsporthalle	166
4	Motion Kneubühler (FDP) / Häusermann (forum) / Wegmüller (SP) betr. Tempo-Monitoring auf dem Dennigkofenweg	169
5	Postulat Racine (SP) zur Einrichtung eines "Stadtwikis"	170
6	Informationen des Gemeinderats	171
7	Neue parlamentarische Vorstösse	172

Der Vorsitzende eröffnet die 357. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 36 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grosse Gemeinderats, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Zuhörer im Saal.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 **Protokoll der Sitzung vom 22. Oktober 2013**

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 **Objektkredit zum Pilotprojekt Schulsozialarbeit Muri bei Bern vom Februar 2009 - Februar 2013; Abrechnung**

Der Vorsitzende orientiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Patricia Gubler verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Beat Schmitter erklärt, die FDP/jf-Fraktion sei sehr erfreut darüber, dass die Abrechnung im Rahmen des gesprochenen Kredits geblieben sei. Ebenfalls sehr erfreut sei sie – und dies sei noch fast der wichtigere Punkt – darüber, dass die Schulsozialarbeit nach 3 Jahren definitiv eingeführt werden können. Man habe gesehen, dass sie der Schule etwas bringe und man habe nun auch in Zukunft etwas, womit

Schülern mit Problemen geholfen werden könne. Er danke allen, die am Projekt beteiligt gewesen seien.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Patricia Gubler nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung über den Objektkredit zum Pilotprojekt Schulsozialarbeit wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Rahmenkredit von CHF 391'000.00 mit CHF 372'332.70 ab (Kreditunterschreitung CHF 18'667.30).

3 **Ballsporthalle Moos**

a) Motion SP- / forum- / SVP-Fraktion betr. Geschäft "BSV"

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, die Stellungnahme hätte eigentlich mit dem Antrag auf Annahme der Motion kurz ausfallen können. Er bitte um Entschuldigung, dass die Begründung relativ ausführlich erfolgt sei. Der Gemeinderat habe die Gelegenheit wahrnehmen wollen, dem GGR damit die Initiierung der Ortsplanungsstrategie 2013+ darzulegen. Zum Fazit auf Seite 4 der Botschaft: Der Gemeinderat sei bei der Verabschiedung der Botschaft noch davon ausgegangen, dass die Überbauungsordnung und die Bewilligung des Bauvorhabens im koordinierten Verfahren in die Wege geleitet werden könnten. Dies habe sich in der Zwischenzeit als nicht machbar erwiesen. Die Überbauungsordnung werde vom Parlament zu Händen des Stimmvolks verabschiedet werden müssen und das Bauprojekt werde im ordentlichen Baubewilligungsverfahren durch den Regierungsrat zu bewilligen sein. Das koordinierte Verfahren hätte ermöglichen sollen, dass das Amt für Gemeinden und Raumordnung als einzige Behörde über beides hätte beschliessen können. Dies könne nicht zustande gebracht werden, in der Sache selbst laufe es aber auf dasselbe hinaus.

Kornelia Hässig (SP) bedankt sich im Namen der drei Motionärsparteien beim Gemeinderat. Sie seien erfreut, dass der Gemeinderat auch zur Einsicht gelangt sei, dass ein öffentliches Verfahren sicher zielführender sein werde, als Einspracheverfahren vor dem Regierungsrat. Sie seien alle überzeugt, dass eine Mitwirkung ein Projekt auch ausreifen lasse, ihm Qualität bringe und die Verankerung in der Bevölkerung besser sein werde. Die Abstimmung müsse ja eigentlich nicht gescheut werden. Auch wenn das Resultat anders ausfallen würde, als heute in diesem Saal erwartet, so sei es richtig, dass in einer Demokratie das Volk das letzte Wort habe. Persönlich habe sie am meisten gefreut, dass diese Motion in Zusammenarbeit unter den Fraktionen zustande gekommen und erfolgreich gewesen sei.

Martin Häusermann dankt dem Gemeinderat namens der forum-Fraktion für seine revidierte Lagebeurteilung und die Ausführungen bezüglich der neuen Ortsplanungsstrategie OPS 2013+. Mit einer reduzierten Komplexität solle die OPS schrittweise vorangebracht werden. Die Entwicklung solle nach dem Grundsatz einer Siedlungsverdichtung nach innen erfolgen. Obschon noch viele Punkte offen seien, könne sich das forum einem solchen Vorgehen anschliessen. Mit der anstehenden Überbauungsordnung für die betreffende ZöN sollten die baurechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um das Projekt Ballsporthalle in einem geordneten Rahmen

realisieren zu können. Dabei gelte es zu beachten, dass die bauliche Ausgestaltung Rücksicht auf die bestehenden Anlagen und das dortige Umfeld nehme, inkl. der Parkplatzsituation. Die Lage des Standorts erscheine dem forum im Hinblick auf die Verkehrsanbindungen weiterhin zweckmässig. Ebenso sollten nach Ansicht des forums Energiebestimmungen in der Überbauungsordnung enthalten sein. Mit dem Berner Energieabkommen habe sich unsere Gemeinde dazu verpflichtet. Im Massnahmenkatalog seien unter der Massnahme A-5 die Energiebestimmungen in Überbauungsordnungen geregelt: Ziel sei die Minimierung des Energiebedarfs und die optimale Nutzung erneuerbarer Energieträger. Wichtig erscheine dem forum in diesem Zusammenhang auch, dass gemachte Versprechen auch wirklich eingehalten würden, so z.B. der Bau einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der Ballsporthalle. Die Stiftung habe den Einbau einer solchen Anlage in ihrem Schreiben vom 25. Mai 2013 zugesichert.

Kornelia Hässig führt aus, die SP-Fraktion sei mit dem Vorgehen einverstanden und begrüsse dieses. Sie möchte noch etwas transparenter darlegen – wie dies schon der Vorredner getan habe –, auf was die SP in der Mitwirkung ihr Augenmerk legen werde. Es werde erwartet, dass im Rahmen des ganzen Prozederes die Energienutzung ein wichtiger Punkt werde und sie möchte, dass die Bauherrschaft dies auch von Anfang an wisse. Sie finde die Photovoltaikanlage natürlich toll, aber das Projekt müsse als Gesamtes konzeptionell in die Energielandschaft, den Richtplan, hineinpassen; Stichwort z.B.: Abwärme Haco. Es sei ihr auch ein Anliegen, dass in einem derartigen Projekt darauf geachtet werde, möglichst viel erneuerbare Energie zu nutzen und dass auf der anderen Seite auch dafür gesorgt werde, dass das Gebäude möglichst wenig Energie verbrauche. Sie sei überzeugt, dass man mit einem zukunftsträchtigen und nachhaltigen Projekt punkten und auch die Bevölkerung abholen könne. Ebenfalls erwarte sie etwas konkretere Aussagen im Mobilitätskonzept. Zwar habe man dort bis anhin verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt, wie man bei Grossanlässen vorgehen könnte. Hier möchte man klare Antworten darüber, was man wirklich zu tun gedenke. Dies wäre auch für die Bevölkerung wichtig zu wissen. Es erscheine etwas blauäugig, dass man im Mobilitätskonzept immer davon ausgehe, dass bei Bedarf all die Parkplätze rund um das Zentrum Moos und die Einstellhalle einfach zur Verfügung stehen und von niemandem sonst benützt würden.

Zu guter Letzt habe sie noch eine allgemeine Anmerkung: Es gebe eine Seite an diesem Projekt, welche die SP-Fraktion etwas befremde. Man habe erfahren, dass die Mobiliar als wichtiger Sponsor der BSV-Halle auch Investor der ISB-Schulanlage im Siloah sei und nun stopfe auch der Kanton noch CHF 5 Mio. in die ISB hinein. Wofür? Man habe eine Riesenübung bezüglich der 3-fach-Turnhalle machen müssen und nun würden noch Steuergelder fließen. Dies erachte sie als ein wenig komisch.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Thomas Hanke nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion SP- / forum- / SVP-Fraktion betr. Geschäft "BSV" wird überwiesen.

b) Einräumung eines Baurechts auf der "Schrebergartenparzelle" (neben bestehender Mooshalle) in Gümligen zu Gunsten der Stiftung Jugendförderung Berner Handball für die Erstellung einer Ballsporthalle

Der Vorsitzende verweist auf die diesem Traktandum beigelegten schriftlichen Unterlagen. Der Gemeinderat habe seinen Antrag in einem Nachversand noch angepasst; der neue Antrag liege schriftlich auf. Er weise darauf hin, dass der Beschluss zu diesem Geschäft, damit er angenommen sei, der Zustimmung aller Ratsmitglieder bedürfe, nicht nur der anwesenden. Dies bedeute, dass es 21 Zustimmende brauche, damit der Beschluss zustande komme.

Isabelle Gossweiler führt als GPK-Sprecherin aus, die GPK habe die Unterlagen dieses Geschäfts, welches im August vom Gemeinderat wieder zurückgezogen worden sei, noch einmal neu angeschaut und geprüft. Das angeforderte Gutachten, mit welchem die Schätzung eines marktgerechten Baurechtszinses für die Ballsporthalle in einer ZöN in Auftrag gegeben worden sei, habe gezeigt, dass der Baurechtszins mit CHF 8.00 genügend hoch, ja sogar höher sei, als vom Gutachter berechnet. Dies sei insoweit erfreulich, weil damit nicht das schale Gefühl aufkomme, die Gemeinde schenke dem BSV irgendetwas. Die neueste Entwicklung – der Nachtrag des Gemeinderats –, nämlich die gestaffelte Erhöhung des Baurechtszinses von CHF 40'000.00 auf CHF 60'000.00 im siebten Jahr, sei für die Gemeinde eine erfreuliche Sache. Schade sei, dass so viel Aufwand nötig gewesen sei, um zu diesem Ergebnis zu gelangen. Die Parkplätze, die Schrebergärten, all diese Fragen seien bereits zur Genüge diskutiert worden und in der GPK kein Thema mehr gewesen. Beim Entscheid über den Standort, an welchem die Halle schlussendlich stehen solle, handle es sich schlussendlich um einen politischen. Trotzdem erscheine der GPK diese Lage – neben einer bereits bestehenden, gut funktionierenden Halle – mehr als sinnvoll. Damit könnten vorhandene Synergien genutzt werden. Ebenfalls sei die Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel positiv zu werten. Die GPK empfehle dem Parlament grossmehrheitlich das Geschäft zur Annahme.

Patricia Gubler erklärt als gemeinderätliche Sprecherin: "Ein Traum wird wahr, zum Zweiten". Im vergangenen August habe der Gemeinderat das Geschäft Ballsporthalle nach intensiven und zum Teil recht emotionalen Diskussionen zurückgezogen. Der Gemeinderat habe seine Entscheidung damit begründet, dass er – nebst der Klärung der baurechtlichen Voraussetzungen – den aus seiner Sicht angemessenen Baurechtszins durch einen unabhängigen Gutachter noch einmal habe berechnen lassen wollen. Im Parlament habe eine Stimmung wie auf einem marokkanischen Basar geherrscht und dies sei dem Gemeinderat als der Sache nicht dienlich und unseriös erschienen. Das neue Gutachten liege nun vor; der unabhängige Architekt, Daniel Giesbrecht, Mitglied der Gülterschätzungskommission, habe den Baurechtszins von Neuem überprüft und berechnet und sei zum Resultat gelangt, dass für das Land ein Baurechtszins von CHF 26'700.00 angemessen wäre. Wohlgermerkt eine Zahl, die deutlich unter den CHF 40'000.00 liege. Der Gemeinderat und die Stiftung Jugendförderung Berner Handball hätten sich danach darauf geeinigt, dass der Baurechtszins weiterhin auf CHF 8.00 pro m² anrechenbare Bruttogeschossfläche, jedoch mindestens CHF 40'000.00 pro Jahr, festzulegen sei. Die Unterlagen seien daraufhin allen Parlamentsmitgliedern zugestellt worden und wiederum sei in den Fraktionen heftig darüber diskutiert worden, ob der Zins nun angemessen sei oder nicht.

Die Stiftung Jugendförderung sei dann letzte Woche, nach Rücksprache mit den Exponenten der politischen Parteien und Rückmeldung an den Gemeinderat, zum Schluss gelangt, dass in Anbetracht des wirtschaftlichen Potenzials dieses Projekts eine abgestufte Erhöhung des Baurechtszinses vertretbar sei. Gestern Mittag habe

der Gemeinderat den nun neu vorliegenden Antrag mit folgendem Beschluss verschickt:

1. Der Stiftung Jugendförderung Berner Handball, mit Sitz in Muri bei Bern, wird für die Erstellung einer Ballsporthalle mit einer anrechenbaren Bruttogeschossfläche von maximal 5'000 m² auf der "Schrebergartenparzelle" (neben bestehender Mooshalle) - vorbehaltlich der Zustimmung des Stimmvolkes zur Überbauungsordnung - ein Baurecht eingeräumt.
 - a. Der jährliche Baurechtszins beträgt
 - CHF 40'000.00 im ersten bis dritten Jahr
 - CHF 50'000.00 im vierten bis sechsten Jahr
 - CHF 60'000.00 ab dem siebten JahrDer Baurechtszins ist indexiert und ab Vollendung der Rohbauten geschuldet.
 - b. Der Vertrag wird auf 80 Jahre abgeschlossen (bis 31. Dezember 2094).
 - c. Die Heimfallentschädigung beträgt 80 % des Verkehrswerts.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses, namentlich dem Abschluss des Baurechtsvertrags, beauftragt.

Noch eine Erklärung zur zeitlichen Eile: Die Dringlichkeit dieses Geschäfts beruhe unter anderem darauf, dass die Stiftung im Besitz des Baurechtsvertrages sein müsse, um noch dieses Jahr beim BASPO und dem Sportfonds des Kantons Bern in Sachen Geldersuche vorsprechen zu können. Mit der wirtschaftlich begründeten Staffelung des Zinses ergebe sich für die Stiftung ein start up-Projekt und so könne das Potenzial für eine langfristig sicher erfolgreiche Entwicklung gesichert werden. Der Gemeinderat bitte nun den Rat, diesem Projekt mit grosser Mehrheit zuzustimmen. Er sei überzeugt, dass sich mit diesem tollen Projekt, welches – sie erinnere daran – auf Eigeninitiative und Eigenfinanzierung beruhe, eine langfristige Wertschöpfung für unsere Jugend wie auch für unsere Gemeinde ergeben werde.

Sie verzichte hier bewusst darauf, ihr Eintretensvotum vom August zu wiederholen. Wichtig sei dem Gemeinderat zu betonen, dass dieses Projekt eine weithin sichtbare Signalwirkung ausstrahle und einen grossen, wichtigen und fortschrittlichen Beitrag zur Jugendförderung leiste. Er sei überzeugt, dass die vorhandenen Synergien optimal ausgeschöpft würden. Zudem werde dank der geplanten Photovoltaikanlage auf dem Hallendach ein aktiver Beitrag an die Verwendung von erneuerbarer Energie geleistet. Nach all diesen Informationen bitte sie das Parlament, mit Überzeugung und hoffentlich einstimmig dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Ruth Raaflaub führt aus, die FDP/jf-Fraktion sei mit dem schriftlich zugestellten Abänderungsantrag des Gemeinderats bezüglich Baurechtszins einverstanden. Sie sei nach wie vor vom einmaligen Projekt der Stiftung Jugendförderung Berner Handball für eine Ballsporthalle überzeugt. Ohne alle positiven Argumente für dieses Projekt wiederholen zu wollen, möchte sie nochmals auf den grossen Wert für unsere Jugendlichen hinweisen, denn zu mehr als 90 % werde ihnen die Halle für Sport zur Verfügung stehen. Mit dem angepassten Baurechtszins – mit welchem nun hoffentlich alle hier im Parlament einverstanden seien – erhalte die Gemeinde ein Vielfaches des bisherigen Zinses für den Boden, nämlich 23 mal bis später 34 mal so viel, wie in den letzten fast 40 Jahren. Der Gemeinde würden weder Kosten entstehen, noch müsse sie Risiken für den Bau der Sporthalle übernehmen. Das ausschliesslich von privaten Investoren lancierte und getragene Projekt biete jedoch für unsere Ge-

meinde eine einmalige Chance für den Jugendsport, aber auch im Leistungs- und Spitzensport einen einmaligen, nicht zu unterschätzenden Standortvorteil. Deshalb bitte sie alle Parlamentskolleginnen und -kollegen, auch im Namen der FDP/jf-Fraktion, den Vorschlag des Gemeinderats betreffend Staffelung des Baurechtszinses von CHF 40'000.00 in den ersten drei Jahren, CHF 50'000.00 vom vierten bis sechsten Jahr und CHF 60'000.00 ab dem siebten Jahr anzunehmen. Dies bringe den Investoren etwas mehr Zeit, um das nötige Geld zu finanzierbaren Bedingungen zu generieren. Wenn man bei einer Volksabstimmung über das Projekt im kommenden Jahr Erfolg haben wolle, reiche ein zustimmendes Lippenbekenntnis nicht aus. Es müsse eine möglichst einstimmige Botschaft abgegeben werden.

Martin Häusermann erklärt, die forum-Fraktion begrüsse, dass seit der letzten Debatte im GGR etwas Bewegung in dieses Geschäft gekommen sei und inzwischen ein revidierter Antrag seitens des Gemeinderats vorliege. Dazu beigetragen habe in einem wesentlichen Mass die Stiftung Jugendförderung, welche im Vorfeld mit den politischen Parteien Kontakt aufgenommen und deren Bedenken ernst genommen habe. Dieses Vorgehen verdiene Respekt und stimme das forum zuversichtlich im weiteren Prozess für das Vorhaben. Er sei überzeugt, dass der nun vorliegende Antrag eine grosse Zustimmung finden werde und so den Weg für die nachfolgenden Phasen ebne. Beim zu erstellenden Betriebsvertrag für die facility management-Leistungen, welche durch die Gemeinde erbracht würden, erwarte das forum mindestens eine Kostendeckung für die entstehenden Aufwände. Weiterhin nicht ganz nachvollziehbar sei, weshalb trotz mehrmaligem Nachfragen die genaue Lage der Baurechtszone dem gemeinderätlichen Antrag nicht beiliege. Ein solcher Situationsplan müsse später auch dem Baurechtsvertrag als Anhang beigelegt und unterzeichnet werden und man habe eigentlich erwartet, dass dem Parlament gezeigt werde, wo genau die Zone für das Projekt liege. Die forum-Fraktion unterstütze aber nichtsdestotrotz den Antrag.

Christian Spycher führt aus, die SVP-Fraktion unterstütze jetzt die bevorstehende Abstimmung mit dem verbesserten Baurechtszins mit Überzeugung, da nun die letzten Hindernisse aus dem Weg geräumt worden seien. Durch die aktive Rolle der SVP-Fraktion mit den Verantwortlichen der Stiftung Jugendförderung Berner Handball und der BSV Bern Muri AG sei es gelungen, eine aus Sicht der SVP vernünftige Basis auszuarbeiten, die der Gemeinderat jetzt als Antrag zum Beschluss vorlege. Die SVP werde das Projekt in der nun vorliegenden Form nicht nur bezüglich Baurechtszins unterstützen. Nach dem Motto: "Ballsporthalle in Gümligen - ein Traum wird wahr zum Zweiten" empfehle die SVP-Fraktion das Geschäft zur Annahme.

Beat Wegmüller erklärt namens der SP-Fraktion, seit dem 20. August, als der Rat das Geschäft letztmals behandelt habe, sei viel Wasser die Aare hinab geflossen. In der Zwischenzeit sei hinter den Kulissen viel passiert, auch wenn der Gemeinderat nicht nur Freude gehabt habe. Die SP-Fraktion habe sich noch einmal intensiv mit dem Projekt der Ballsporthalle und der Frage nach der Höhe des Baurechtszinses auseinandergesetzt. Noch heute gebe es in der Fraktion kritische Stimmen. Das zwischenzeitlich eingeholte Gutachten sei aus Sicht der SP nicht ohne Zweifel. Über die Festlegung des Praxiszuschlags könne man bekanntlich geteilter Meinung sein. Die SP-Fraktion unterstütze den neuen gemeinderätlichen Antrag. Sie hätte allerdings gerne von Anfang an einen Baurechtszins von CHF 60'000.00 gehabt, könne aber mit dem typischen Muriger Kompromiss, allen ein wenig Recht zu geben, auch leben. Die Erhöhung des Baurechtszinses sei notwendig, da die nicht einfache Überbauungsordnung vor dem Volk noch standhalten müsse. Eine Sache wolle er noch anmerken, auch wenn sie nicht allen passe: Der Gemeinderat habe bekanntlich beschlossen, das Lehrschwimmbecken Melchenbühl ab Sommer 2014 zu schliessen. Einerseits wolle sich der Gemeinderat mit der Ballsporthalle für die Jugendförderung stark machen, andererseits wolle er das Schwimmbad schliessen, welches ebenfalls

der Jugend diene. Ihm sei klar, dass es sich nicht ganz um dasselbe handle, aber in der öffentlichen Wahrnehmung sei das Bad eben auch ein Thema. Er habe wesentlich mehr Anfragen zum Lehrschwimmbaden erhalten, als zur Ballsporthalle. Wie Kornelia Hässig bereits erwähnt habe, sei die SP etwas erstaunt über die Situation bei der ISB, hätte man doch dort nun baurechtlich eine 3-fach-Turnhalle erstellen können. Zum Schluss: Er hoffe, dass die Ballsporthalle Gümligen vom Alptraum zum Traum werde. Die SP stimme dem Antrag wie erwähnt zu.

Ruth Raaflaub (FDP/jf) erklärt an die Adresse von Beat Wegmüller, man möge doch bitte das Schwimmbad nicht mit der Ballsporthalle vermischen. Die beiden Sachen hätten nun wirklich nichts miteinander zu tun und man würde sich sonst nur selber ein Bein stellen. Sie werde schon für das Schwimmbad kämpfen, aber dieses deswegen nicht gegen die Ballsporthalle ausspielen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Jsabelle Gossweiler noch von Patricia Gubler verlangt.

Beschluss (34 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen)

2. Der Stiftung Jugendförderung Berner Handball, mit Sitz in Muri bei Bern, wird für die Erstellung einer Ballsporthalle mit einer anrechenbaren Bruttogeschossfläche von maximal 5'000 m² auf der "Schrebergartenparzelle" (neben bestehender Mooshalle) - vorbehaltlich der Zustimmung des Stimmvolkes zur Überbauungsordnung - ein Baurecht eingeräumt.
 - a. Der jährliche Baurechtszins beträgt
 - CHF 40'000.00 im ersten bis dritten Jahr
 - CHF 50'000.00 im vierten bis sechsten Jahr
 - CHF 60'000.00 ab dem siebten JahrDer Baurechtszins ist indexiert und ab Vollendung der Rohbauten geschuldet.
 - b. Der Vertrag wird auf 80 Jahre abgeschlossen (bis 31. Dezember 2094).
 - c. Die Heimfallentschädigung beträgt 80 % des Verkehrswerts.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses, namentlich dem Abschluss des Baurechtsvertrags, beauftragt.

4 Motion Kneubühler (FDP) / Häusermann (forum) / Wegmüller (SP) betr. Tempo-Monitoring auf dem Dennigkofenweg

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Peter Kneubühler (FDP) bedankt sich beim Gemeinderat für den Antrag auf Überweisung der Motion. In der Stellungnahme des Gemeinderats heisse es, das Monitoring werde "nach den einschlägigen Normen" durchgeführt. Die Motionäre würden die einschlägigen Normen nicht kennen und hätten auch nicht recherchiert. Sie würden aber davon ausgehen, dass damit eine zeitliche Differenzierung und eine örtliche Differenzierung verbunden sei. Mit zeitlicher Differenzierung sei gemeint nach Jahreszeiten, nach Wochentagen und nach Tageszeiten. Eine örtliche Differen-

zierung meine, dass nicht nur an einem Ort, sondern an verschiedenen Orten auf dem ganzen Dennigkofenweg gemessen werde. Die Motionäre würden davon ausgehen, dass dies in den Normen enthalten sei, was nach gesundem Menschenverstand der Fall sein müsste.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Christian Staub erklärt zu den Ausführungen von Peter Kneubühler, der Gemeinderat sei bereit, das mit der Motion Verlangte durchführen zu lassen. Es sei aber auch klar, dass nicht eine Überprüfung über 10 Jahre erfolgen könne; irgendeinmal sei ein Ende absehbar. Es werde nicht ein Jahr lang eine Überprüfung gemacht, sondern punktuell an verschiedenen Orten. Es gebe sicher Unterschiede bei der Lärmbelastung bei Regen, Sonnenschein, während der Nacht oder tagsüber und die entsprechenden Geschwindigkeiten seien logischerweise auch unterschiedlich, da ja der Verkehr in der Nacht weniger gross sei. Er hoffe, damit werde den Forderungen der Motion Genüge getan.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion Kneubühler (FDP) / Häusermann (forum) / Wegmüller (SP) betr. Tempo-Monitoring auf dem Dennigkofenweg wird überwiesen.

5 Postulat Racine (SP) zur Einrichtung eines "Stadtwikis"

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Raphael Racine (SP) führt aus, hinsichtlich Stadtwiki müsse er sagen, er sei wahrscheinlich die falsche Person, am falschen Ort, zur falschen Zeit, mit der richtigen Idee. Mit der Argumentation des Gemeinderats sei er grösstenteils einverstanden. Was die Kosten anbelange, sei er selber etwas überrascht gewesen, dass nämlich allein die Konfiguration und Installation CHF 5'000.00 koste. Ein befreundeter Informatiker von ihm gehe sogar von einem noch etwas höheren Preis aus. Es sei klar, dass es angesichts der schmerzhaften Budgetdebatte mit Einsparungen beim Frauenverein, bei der Kultur, bei IV-Rentnern und sogar bei der Bundesfeier etwas anachronistisch wäre, wenn er behaupten würde, das Stadtwiki wäre jetzt gerade das Wichtigste. Etwas geärgert habe er sich einzig über die Behauptung des Gemeinderats, in Muri-Gümligen sei kein Bedürfnis für ein Stadtwiki vorhanden. Dabei handle es sich um eine reine Behauptung und es gebe keine Zahlen, die dies belegen würden. Er frage sich, ob der Gemeinderat einfach bei sich selber abgestimmt habe und als 5 von 7 dagegen gewesen seien, habe man dies auf ganz Muri-Gümligen hochgerechnet. Der Hinweis, dass in Zürich oder Wetzikon das Stadtwiki nicht gut ankomme, dürfe nicht dazu genommen werden, zu sagen, in Muri-Gümligen wäre es ebenfalls nicht möglich. Er erachte dies ebenfalls nicht als gutes Argument. Aber wie zu Beginn gesagt, wäre es jetzt völlig absurd, für CHF 5'000.00 ein Stadtwiki zu installieren und er sei mit der Überweisung und der Abschreibung des Postulats einverstanden.

Beat Schmitter erklärt namens der FDP/jf-Fraktion, das Stadtwiki möge etwas Interessantes sein. Er sei aber der Meinung, dass man mit einem Telefon an die Gemeindeverwaltung hätte abklären können, wie viel so etwas koste. Nun seien mit dem Vorstoss zuerst das Parlament, dann das Büro, dann der Gemeinderat, dann die Verwaltung "beübt" worden und nun sei das Postulat wieder zurück beim Grossen Gemeinderat. Gebracht habe es niemandem etwas. Von Anfang an sei das Ergebnis

relativ klar gewesen und wie gesagt hätten die Kosten vorher abgeklärt werden können. Er möchte einfach empfehlen, sich mit – etwas brutal gesagt – chancenlosen Vorstössen doch etwas zurückzuhalten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Thomas Hanke nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Racine (SP) zur Einrichtung eines "Stadtwikis" wird überwiesen und anschliessend abgeschrieben.

6 Informationen des Gemeinderats

Ortsplanungsstrategie 2013+

Thomas Hanke führt aus, in der Stellungnahme des Gemeinderats zum Traktandum 3 A sei dem Rat die Ortsplanungsstrategie 2013+ – es werde nicht mehr von Ortsplanungsrevision gesprochen – in den Grundzügen skizziert worden. Daraus hervorgehe die Aktualisierung unserer Ortsplanungsbedürfnisse in kleinen Schritten. Damit die Ratsmitglieder sehen könnten, wie der Gemeinderat vorzugehen gedenke, würden sie nach den Informationen des Gemeinderats eine Fahne des Zonenplans mit allen "Baustellen", die seit der abgelehnten Ortsplanungsrevision bekannt seien und bei denen Handlungsbedarf bestehe, erhalten. Auf einem beiliegenden Raster seien die rund 50 "Baustellen" aufgelistet, mit "Massnahmen" und "Bemerkungen". Er wolle aber betonen, dass es sich um ein Arbeitspapier zwischen Gemeinderat, PVK und USK handle, ohne konsolidierte Bemerkungen etc. Daraus ersichtlich seien aber die Kompetenzen und dort, wo klar sei, wann was starte – am Donnerstag beginne ja die öffentliche Mitwirkung zum ersten Massnahmenpaket mit der Gebäudetypologie etc. –, sei dies unter "Paket" enthalten. Es handle sich um eine reine Information des GGR über die vorhandenen "Baustellen" und – wie gesagt – um ein Arbeitspapier ohne gefestigte Meinungen; es sei noch nicht klar, ob die Umsetzung tel quel so erfolge. Ein Arbeitsinstrument also, aber die Ratsmitglieder hätten Anspruch auf eine Orientierung darüber, wie weit man sei.

Glückskette

Thomas Hanke informiert, die Gemeinde Muri habe sich am gestrigen Glückskette-Tag ebenfalls beteiligt und einen Betrag von CHF 5'000.00 gespendet. Man habe dies den Zeitungen aber nicht gemeldet, sondern einfach mitgemacht.

Neuorganisation Schule

Stephan Lack erklärt, er wolle den Rat in der Folge über den (brand-)aktuellen Stand der Schulorganisation bzw. der Revision des Schulreglements informieren. Die Ratsmitglieder könnten sich alle an folgende Ausgangslage erinnern: Die Vernehmlassung "Neuorganisation Schule" sei in den Parteien 2012 erfolgt. Kurz vor Legislatorschluss letztes Jahr habe der Gemeinderat dem GGR einen Änderungsantrag vorgelegt, in welchem es darum ging, das Schulkommissions-Präsidium neu zu gestalten. Das Parlament habe diesen Antrag abgelehnt, mehrheitlich – so wie er gehört habe – mit der Begründung, man sei zwar nicht grundsätzlich gegen diese Massnahme, möchte sie aber nicht isoliert, sondern innerhalb der gesamten Neuorganisation sehen.

Was in der Zwischenzeit gemacht worden sei? Im Juni 2013 habe man im GGR entschieden, in Etappen vorzugehen. In einer Vorausaktion sei das Schulreglement den Vorgaben des neuen Volksschulgesetzes angepasst und durch den GGR in der Juni-Sitzung 2013 einstimmig verabschiedet worden. Zielsetzung sei zudem gewesen,

dass der Vorschlag zur allfälligen Neuorganisation der Schule bis Ende Jahr 2013 stehen und das neue Schulreglement in der Folge erarbeitet und von Gemeinderat und Parlament bis Mitte 2014 verabschiedet werden sollte. Unter Federführung der Schulkommission sei auf Basis der Vernehmlassung bei den Parteien und unter Einbezug von Lehrern, Schulleitungen, Schulkommission, Schulverwaltung und Ressortchef Bildung in zahlreichen Ausschüssen und Unterausschüssen ein Vorschlag zu einer Neuorganisation der Schule ausgearbeitet und vom Gemeinderat in der Sitzung vom 11. November 2013 – deshalb brandaktuell – gutgeheissen worden.

Er fasse den Vorschlag in den wesentlichen Punkten zusammen (die Parteien würden noch etwas Schriftliches erhalten; dies habe noch nicht gemacht werden können, da der Entscheid erst am 11.11.2013 gefällt worden sei):

- Durch die angekündigten gleichzeitigen Pensionierungen der Schulleitung Aebnit/Unterstufe (Beat Steiner) und der Leiterin des Schulsekretariats (Isabel Leuenberger) habe die Neuorganisation – die Varianten – etwas flexibler angegangen werden können, als vielleicht noch vor einem oder zwei Jahren.
- Es bestehe die Absicht, einen geschäftsführenden Schulleiter einzusetzen, dem für leitende bzw. koordinierende Aufgaben 35 Stellenprozente eingeräumt würden. Die restlichen 65 % seiner Stelle nehme er als Leiter der Schule wahr.
- Die Schulleitungskonferenz bestehe aus je einem Schulleiter (nach heutigem Stand wären dies Moos, Seidenberg, Aebnit) sowie den LeiterInnen Kindergarten und Tagesschule. Den Vorsitz habe der geschäftsführende Schulleiter.
- Die Schulkommission werde neu vom Ressortchef Bildung geleitet, was den gewünschten direkteren Einbezug des Gemeinderats ermöglichen sollte. Mitglieder seien zudem die gewählten Schulkommissionsmitglieder. Der geschäftsführende Schulleiter vertrete die Schulleitung an den Schulkommissionssitzungen.
- Die administrativen Aufgaben würden straff auf das Schulsekretariat, das Sekretariat des geschäftsführenden Schulleiters sowie die Sekretariate vor Ort aufgeteilt.
- Der Vorschlag gehe davon aus, dass trotz der Schaffung der 35 %-Stelle für die Leitungsaufgaben des geschäftsführenden Schulleiters die Kosten für die Gemeinde nicht oder nur unwesentlich höher ausfallen dürften.

Die nächsten Schritte würden wie folgt aussehen: Der Vorschlag, den der Gemeinderat als gut befunden habe, werde in nächster Zeit den Parteien zugestellt. Das Schulreglement werde ausgearbeitet, man habe damit teilweise bereits begonnen. Das totalrevidierte Schulreglement werde dann durch den Gemeinderat und anschliessend – wenn alles gut laufe bis Mitte 2014 – durch den Grossen Gemeinderat verabschiedet werden können. Man sei ziemlich nach Fahrplan unterwegs und die Parteien würden wie erwähnt in nächster Zeit den Vorschlag erhalten.

7 Neue parlamentarische Vorstösse

Es werden keine neuen parlamentarischen Vorstösse eingereicht.

Mitteilungen

Der Vorsitzende erklärt, bevor man zum Abschluss der Sitzung gelange, gelte es noch, Marina Graham zu verabschieden, die heute Abend zum vorläufig letzten Mal an einer Sitzung teilgenommen habe. Wie sie wisse, könne man ja nach einmaligem Aussetzen wieder kandidieren. Marina Graham habe dem GGR seit Anfang 2004 angehört und dazu sei sie auch Angehörige der glorreichen parlamentarischen Kommission Ortsplanungsrevision gewesen. Die weitere Würdigung erfolge aus berufenerem Mund; er erteile Martin Häusermann das Wort.

Martin Häusermann (forum) hält folgende Abschiedsrede für Marina Graham:

"Liebe Marina, Du bist im Januar 2004 in den GGR eingetreten, hast also genau 10 Jahre im GGR gewirkt! Von den hier Anwesenden waren damals nur gerade 8 Personen bereits in einer politischen Funktion vertreten. Bereits im März 2004 hast Du erstmals die Fraktionserklärung übernommen (Jugendmotion betreffend neue Schülerbewertung) und im Oktober 2004 Deinen ersten parlamentarischen Vorstoss eingereicht (Motion betreffend Instandstellung Spielplatz Dorfschulhaus).

Du hast Dich schon immer politisch und sozial engagiert, dies bestimmt und deutlich in der Sache. Besonders interessiert und eingesetzt hast Du Dich für Themen wie Kinder und Familie, aber auch für Anliegen von älteren Leuten. Eine gesunde und gut funktionierende Gesellschaft ist Dir wichtig. So ist es nicht verwunderlich, dass Du auch ausserhalb des GGR aktiv warst, z.B. als Gründungs- und Vorstandsmitglied des Berner Tagesschulvereins, welcher das Ziel der gesetzlichen Verankerung der Tagesschulen im Kanton verfolgte und erreichte. Daneben warst Du in den letzten Jahren auch die Aussenministerin vom forum, auch dieses Amt hast Du umsichtig ausgeführt.

Du hast mit viel Gespür und Lust politisiert und dabei auch den Humor nicht zu kurz kommen lassen. Du hast Politik für diejenigen gemacht, die keine Lobby haben. Dir ging es nicht um Eigeninteressen, sondern um Politik im echten Sinn der Miliz. Ehrlich, offen und zielorientiert. Damit passt Du sehr gut zum forum!

Du spielst leidenschaftlich gerne Tennis, auch dies haben wir bemerkt: Beharrlichkeit und Kampfgeist, wie in Matches und Turnieren erforderlich, kamen bei Dir zum Vorschein. Du gibst nicht so schnell auf und bist ausdauernd.

Profitieren konnten wir auch von Deinem Netzwerk und Erfahrungen und Unterstützung als selbständige Unternehmerin. Jetzt möchtest Du die Balance etwas neu justieren, was wir zwar bedauern, aber verstehen können.

Vermissen werden wir Dich, Deinen Charme, Dein Temperament trotzdem. Das forum wird Dich an einem separaten Anlass verabschieden. Heute gibt es vorerst einen Blumenstrauss für Dein langjähriges Wirken für die Gemeinde. Merci für Alles! Wir haben Deine Anwesenheit stets sehr geschätzt und wünschen Dir für die Zukunft alles Gute."

Marina Graham (forum) bedankt sich bei allen, vor allem bei denjenigen, die zusammen mit ihr lange, schöne Jahre im Rat verbracht hätten. Für die Zukunft wünsche sie den Ratsmitgliedern weiterhin viel Engagement und eben Humor. Dies sei ein gutes Rezept für die Zukunft.

Der Vorsitzende führt aus, es sei ein wenig wie beim Fussball: Wenn der Star vor dem Spielende ausgewechselt werde, erhalte er eine individuelle Verabschiedung und alle, die bis zum Schlusspfiff weiterspielen würden, müssten anonym in die Garderobe trotten. Man möge sich dies merken.

Ruth Raaflaub habe ihn noch um das Wort gebeten, welches er ihr hiermit gerne erteile.

Ruth Raaflaub (FDP) erklärt, Thomas Hanke habe informiert, dass die Gemeinde an die Glückskette CHF 5'000.00 gespendet habe. Sie selbst sei gestern während 3 Stunden bei der

Glückskette gewesen, um Telefonanrufe entgegenzunehmen. Es sei eindrücklich gewesen, welche Geschichten dabei hervorgekommen seien im Zusammenhang mit den Spenden betreffend den Taifun Haiyan. Nachher sei sie für 2 Stunden mit ihren Schülerinnen aus zwei Klassen auf dem Bärenplatz sammeln gewesen. In diesen 2 Stunden hätten sie mit dem Verkauf von Kuchen CHF 2'800.00 eingenommen; den Betrag habe sie heute einbezahlt. Wenn jemand aus dem Rat auch noch etwas für die Philippinen spenden möchte, so hätte sie Einzahlungsscheine und Beschriebe über die Tätigkeiten der Glückskette sowie ein Kässeli. Sie würde es nicht gut finden, wenn man einfach pauschal die Sitzungsgelder dafür geben würde. Wenn aber noch irgendjemand etwas ins Kässeli legen möchte, so werde sie dies morgen sofort einbezahlen.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

Der Vorsitzende erklärt, dies sei die letzte Sitzung des Jahres 2013 gewesen. Der Rat treffe sich in diesem Rahmen erst am 21. Januar 2014 wieder. Vorher finde aber am 15. Dezember 2013 noch die Gemeindeabstimmung über das Budget statt.

Der Ratskredit sei in diesem Jahr nicht ganz ausgeschöpft worden. Zum Leidwesen des designierten Nachfolgers könne die Restanz nicht auf das neue Jahr vorgetragen werden und er habe es nicht als angezeigt erachtet, im Anschluss an die Sitzung noch ein Buffet zum Ausschliessen des Kredits zu veranstalten. Der Betrag von CHF 1'600.00 werde deshalb an die Gemeindekasse zurückgegeben. Da dies heute aber auch die letzte Ratssitzung in seinem Amtsjahr gewesen sei, lade er gerne in eigenem Namen dazu ein, im Anschluss noch zusammen im Mattenhof anzustossen. Er wünsche allen einen schönen Rest des Jahres und frohe Festtage.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Markus Bärtschi

Anni Koch